

# Bald freie Schulwahl in Zürich?

**Initiative: Elternlobby will Monopol der Volksschule knacken**

VON NADJA PASTEGA

Im Kanton Zürich sollen Eltern künftig die Schule ihrer Kinder frei wählen können. Das fordert die Zürcher Elternlobby in einer Initiative. Das Begehren sieht zudem vor, dass auch für den Besuch von Privatschulen Staatsbeiträge bezahlt werden.

Zu den Initianten gehört der FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger. Wie er dem «Sonntag» bestätigt, liegt der Initiativtext bereits vor, «nun steht die juristische Prüfung bei der Kantonsverwaltung bevor». Auch in den Kantonen Solothurn und Waadt schieben Elternlobby-

isten derzeit eine entsprechende Initiative an. Pionier ist der Kanton Baselland. Dort reichte die kantonale Elternlobby im letzten Dezember einen Initiative zur freien Schulwahl ein.

Geht es nach den Elternlobbyisten kommt folgendes Modell zur Anwendung: Der Kanton zahlt jeder Schule pro Kind jenen durchschnittlichen Betrag, den ein Schüler jährlich kostet. Im Kanton Zürich sind das in der Primarschule 15 000 Franken. Jene Schulen, die begehrt sind und viele Eleven haben, bekommen mehr Geld. Umgekehrt müsste eine Schule schliessensfalls ihre Tore schliessen, wenn sie keine Eltern überzeugt. Für die Initianten ist dieser Wettbewerb überfällig: «Rund die Hälfte der Eltern braucht für ihre Kinder Nachhilfestunden oder Stützunterricht – da kann ja etwas nicht stimmen mit unseren Schulen», sagt Leutenegger: «Die Volksschule hat ein Qualitätsproblem.»

**DER VORSTOSS** der Elternlobby bekommt prominente Unterstützung von Zürcher SVP- und FDP-Regierungsräten. «Ich kann bestätigen, dass Regierungsrätin Rita Fuhrer eine nachfrageorientierte Bildung mit freier Schulwahl unterstützt», erklärt Daniela Sgier, Informationsbeauftragte in Fuhrers Volkswirtschaftsdirektion. Auch FDP-Regierungsrat Thomas Heiniger unterstützt das Anliegen «grundsätzlich».

Die Zürcher Elternlobby will im Frühjahr mit dem Sammeln der 6000 nötigen Unterschriften beginnen. «Die Initiative soll möglichst im Juni eingereicht werden», sagt Vorstandsmitglied Margarita Müller. Dann kommt voraussichtlich in Baselland die dortige Initiative zur Abstimmung. Diese sieht vor, dass das baselandschaftliche Schulgesetz um folgende Zeilen ergänzt werden soll: «Eltern können zwischen den einzelnen öffentlichen und den nichtstaatlichen Schulen wählen.» Unter den Lehrern formiert sich bereits der Widerstand: Der Lehrerverband Baselland forderte seine 3000 Mitglieder auf, je 30 Franken einzuzahlen – um die Kriegskasse zu füllen.



Initiator  
Leutenegger.